suchungen in ausgewählten Betrieben und Einrichtungen geplant.

Dr. JOSEF NEUBECKER,
Staatsanwalt des Kreises Quedlinburg

- Vgl. hierzu H. Harrland, „Stellung und Aufgaben der Staatsanwaltschaft der DDR“, NJ 1977, Heft 13, S. 391 S.; derselbe „Unterstützung der Konfliktkommissionen durch die Staatsanwaltschaft“, NJ 1977, Heft 18, S. 628 ff.

Beweisprüfung im Eröffnungsverfahren

Die strikte Einhaltung der Grundsätze der Beweisführung im sozialistischen Strafprozeß ist für die Eröffnung des Hauptverfahrens und die Vorbereitung auf die Hauptverhandlung besonders bedeutsam, weil in dieser Phase weitestgehend die gesellschaftliche Wirksamkeit des Strafverfahrens bestimmt wird. In diesem Abschnitt, in dem das Vorliegen des hinreichenden Tatverdachts geprüft wird, haben die Richter verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen.

Auf der Grundlage des Ermittlungsergebnisses prüft das Gericht, ob hinsichtlich der im Anklagetenor erfaßten Beschuldigung ein hinreichender Tatverdacht vorliegt. Diese Prüfung erstreckt sich auf die für die gerichtliche Entscheidung zu klärenden und festzustellenden Fakten sowie auf die dazu erforderlichen Beweismittel.¹ Das betrifft vor allem die Frage, ob die vorliegenden Beweismittel geeignet und ausreichend sind, um den hinreichenden Tatverdacht zu begründen. Sind in einem Verfahren nur wenige Beweismittel vorhanden oder ist ein Geständnis widerrufen worden, kommt es oft zu komplizierten Beweislagen, die an die richterliche Prüfungspflicht im Eröffnungsverfahren hohe Anforderungen stellen.²

Bei der Vorbereitung der Hauptverhandlung hat das Gericht aber auch die Möglichkeiten zur Beseitigung von Ursachen und Bedingungen von Straftaten zu prüfen und ggf. bereits in diesem Stadium festzulegen, inwieweit im Ergebnis der Hauptverhandlung Maßnahmen gemäß §§ 19, 20 StPO anzuwenden sind. Dabei sind auch Überlegungen zur Auswertung des Verfahrens nach § 256 StPO notwendig, um die staatlichen Leiter und die gesellschaftlichen Kräfte über die Ursachen und Bedingungen von Straftaten zu informieren und die Unduldsamkeit der Bürger gegenüber Rechtsverletzungen zu verstärken.³

Schließlich muß der Richter die mitwirkenden Schöffen in die Lage versetzen, an der Eröffnung des Hauptverfahrens verantwortungsbewußt als gleichberechtigte Richter mitzuwirken und mitzuentcheiden. Dabei werden auch wichtige Seiten der Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte berührt, die für die Wirksamkeit des Strafverfahrens von Bedeutung sind.

In der Praxis stellt sich den Gerichten immer wieder die Aufgabe, streng darauf zu achten, ob die im Ermittlungsverfahren erhobenen Beweise ausreichen, um alle rechtserheblichen Tatsachen festzustellen. Hierunter ist der gesamte Informationsgehalt des Ermittlungsergebnisses zu verstehen und nicht allein die in der Anklage bezeichneten Beweismittel. Die Prüfung muß tatbestandsmäßig — sowohl in objektiver als auch in subjektiver Hinsicht — erfolgen. Sie muß also auch auf das Vorliegen der Schuld bezogen sein.⁴ Dazu gehört ferner, strikt die Gesetzlichkeit der Beweisführungspflicht zu beachten und etwa vorhandene strafprozessuale Mängel im Ermittlungsverfahren nicht kritiklos hinzunehmen.

Beim Vorliegen von schriftlichen Sachverständigengutachten hat das Gericht im Eröffnungsverfahren mit der Prüfung der Voraussetzungen zur Auswahl des Sachverständigen auch darüber zu befinden, ob der Sachverständige sein Gutachten zur Ausräumung von Zweifeln und Widersprüchen gemäß § 228 Abs. 1 StPO mündlich in der Hauptverhandlung erstatten soll. Die Beweisprüfung im

Zusammenhang mit Sachverständigengutachten muß sich darauf erstrecken,

- inwieweit die notwendige Sachkunde des Sachverständigen gemäß § 38 StPO vorliegt,
- ob ein Ausschließungsgrund nach § 157 Ziff. 1 bis 4 StPO gegeben ist.
- ob der Sachverständige an den Ursachen und Bedingungen, die die Straftat begünstigten, beteiligt war.

Bei der Vorbereitung auf die Hauptverhandlung ist zu klären, welche der vorliegenden Beweismittel in der Hauptverhandlung notwendig sind. Damit werden im wesentlichen der Umfang und die Qualität der Beweisaufnahme bestimmt. Im Eröffnungsverfahren ist aber auch festzulegen, wie bestehende Widersprüche im Informationsgehalt verschiedener Beweise in der Hauptverhandlung zu klären sind (z. B. durch die richtige Auswahl bestimmter Zeugen oder früherer Aussagen des Angeklagten im Ermittlungsverfahren zur Erhöhung der gesellschaftlichen Wirksamkeit gemäß § 224 Abs. 2 StPO).

Oberrichter Oberst FRITZ NAGEL,
Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichts

- 1 Vgl. H. Lischke, „Vorbereitung der Hauptverhandlung und Sachaufklärung“, NJ 1974, Heft 2, S. 41.
- 2 Zur Prüfung des Geständnisses vgl. auch den Beitrag von H. Herrmann in diesem Heft.
- 3 Vgl. R. Krause/H. Plitz, „Die Aufgaben der Gerichte im Eröffnungsverfahren zur Erhöhung der gesellschaftlichen Wirksamkeit des Strafverfahrens“, NJ 1972, Heft 5, S. 128 ff.
- 4 Vgl. OG, Urteil vom 22. August 1973 - 2 Zst 10/73 - (NJ 1974, Heft 3, S. 90).

Prüfung von Geständnissen

Die Besonderheit des Geständnisses als Beweismittel besteht darin, daß nicht ein unbeteiligter Beobachter, sondern der Täter selbst sein eigenes strafrechtlich relevantes Verhalten schildert. Stimmt das Geständnis in Richtung und Umfang mit dem Gegenstand der Beweisführung überein, besteht die Möglichkeit, daß es über alle Tatsachen, die zum strafrechtlich relevanten Sachverhalt der Strafsache gehören, Auskunft gibt. Das darf jedoch keineswegs dazu verleiten, alle Anstrengungen nur auf die Erlangung eines Geständnisses zu richten und die Erarbeitung anderer Beweismittel zu unterlassen, zumal aus dem Geständnis allein nicht zu erkennen ist, ob der Beschuldigte bzw. Angeklagte die Wahrheit gesagt hat.¹

In welchem Verfahrensstadium auch das Geständnis abgelegt wird — solange das Geständnis noch nicht verifiziert ist, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß es unwahr sein kann. Deshalb muß das Geständnis unter Ausnutzung aller dazu geeigneten Möglichkeiten überprüft werden. Ohne die zuverlässige Prüfung des Geständnisses auf seinen Wahrheitsgehalt würde die Verantwortung für die Aufklärung der Straftat von den Strafverfolgungsorganen auf den Beschuldigten oder Angeklagten übergehen.

Einem unwahren Geständnis können vielfältige Ursachen zugrunde liegen, so u. a. krankhafte Prozesse in der Geistestätigkeit des Beschuldigten oder Angeklagten, die bis zum Zeitpunkt des Ablegens des Geständnisses noch nicht erkannt worden sind. Das unwahre Geständnis kann auch der Versuch einer Selbstverteidigung sein. Der Beschuldigte oder Angeklagte versucht in diesem Fall, eine von ihm tatsächlich begangene schwere Straftat mit einer Lüge zu verdecken, die er in ein unwahres Geständnis kleidet. Um von dem Verdacht der begangenen schwerwiegenden Straftat abzulenken, erklärt er der Wahrheit zuwider, daß er eine andere, weniger schwere Straftat begangen hat.

Das unwahre Geständnis kann aber auch die Folge einer taktisch falschen Vernehmung sein, bei der z. B. die Fragen so gestellt worden sind, daß der Tathergang unter Berücksichtigung der übrigen Ermittlungen praktisch vorgegagt wurde.²

Mag auch die These richtig sein, daß Geständnisse in